Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelnandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 282. Sonntag den 9. October 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Mittwoch, am 12. October a. c., Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Gutachten des Verfassungsausschusses über einen Ortsstatutentwurf, die Ertheilung der Erlaubniß zur Betreibung des Pfandleihgeschäfts betreffend.
II. Gutachten des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über die Ueberlassung des Platzes zum Bau des Concerthauses.
III. Gutachten des Oekonomie- und Finanzausschusses über Verlegung der südlichen Vorfluthschleuße um den Platz für das projectirte Concerthaus herum.
IV. Gutachten des Finanzausschusses über a. eine Nachverwilligung für den Reparaturbau in der Nicolaikirche, b. Erhebung einer Kirchensteuer und Aufnahme einer Anleihe zum Neubau der Peterskirche, c. die Lagerhofrechnung pro 1879.
V. Gutachten des Ausschusses zur Gasanstalt über Abänderung der Beleuchtungsanlagen a. auf dem Ranstädter Steinwege am Eingang in die Jacobstraße, b. in der Goethestraße.

Bekanntmachung,
die staatliche Einkommensteuer betr.

In Gemäßheit des Finanzgesetzes vom 8. März vorigen Jahres und der Ausführungsverordnung dazu von demselben Tage ist der dritte Termin der diesjährigen staatlichen Einkommensteuer

am 30. September dieses Jahres zu einem Dritttheile des Gesammtbetrages fällig.

Die hiererts Steuerpflichtigen werden deshalb aufgefordert, ihre Steuerbeträge ungesäumt und spätestens **binnen drei Wochen,** von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadt-Steuer-Einnahme, Brühl 51, bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen eintretenden gesetzlichen Maßnahmen abzuführen.

Leipzig, am 28. September 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung.

Die Jahreszinsen der zur Unterstützung armer, alter, unbescholtener Jungfrauen in Leipzig, die sich durch weibliche Handarbeiten ihren Lebensunterhalt verdienen, durch Krankheit, Alters- oder Augenschwäche aber erwerbsunfähig geworden sind, bestimmten **Louisen-Stiftung** sollen demnächst von uns vertheilt werden.

Wir fordern nach vorstehenden Stiftungsbestimmungen geeignete Bewerberinnen auf, ihre bezüglichen Gesuche bis zum 22. October d. J. bei uns (Rathhaus, 1 Treppe, Zimmer Nr. 7) einzureichen.

Leipzig, am 6. October 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 und der §§. 2 und 7 des Regulativs für Gasrohrleitungen und Gasbeleuchtungsanlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1863 machen wir hierdurch bekannt, daß der Schlosser

Herr Christian Heinrich Adolf Weiß, hier, Schenkendorffstraße 213,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Verrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 6. October 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Altmann.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Herr **Ernst Ludwig Beyer,** hier, Schützenstraße 3,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Verrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 6. October 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Altmann.

Bekanntmachung.
Einrichtung einer neuen Telegraphenbetriebsstelle in Leipzig.

Bei dem in der Könneritzstraße hierselbst neu eingerichteten Postamte Nr. 11 tritt am Sonntag den 9. dieses Monats eine Telegraphenbetriebsstelle in Wirksamkeit.

Leipzig, den 7. October 1881.

Der kaiserliche Oberpost-Director.
Walter.

In der Strafsache gegen **Grajczyk** wegen Körperverletzung wird der 36 Jahre alte **Valentin Gimmiel** auch **Gimmel** genannte Handarbeiter aus Klischczow bei Ujest, Kreis Tost-Gleiwitz (Schlesien), zuletzt im Städtischen Krankenhause zu Leipzig, zur Vermehmung als Zeuge auf

den 14. October 1881, Vormittags 11 Uhr

vor die II. Strafkammer des Königlichen Landgerichts zu Leipzig, Harkortstraße 9, I., Verhandlungs-Saal, geladen.

Man bittet, den pp. Gimmiel (Gimmel) im Verhinderungsfalle auf Obiges aufmerksam zu machen, auch solchenfalls unter Angabe des Aufenthaltsortes des Genannten Nachricht anher zu geben.

Leipzig, den 6. October 1881.

Königl. Staatsanwaltschaft.
Brückner.

Bekanntmachung,
„die Anmeldung zur Kirchenvorsteherwahl in der Parochie der Matthäikirche" betreffend.

Nach Ablauf der Wahlperiode scheiden aus dem Kirchenvorstande der Matthäikirche nach Maßgabe der Kirchenvorstands- und Synodalordnung, d. d. 30. März 1868, §. 17 aus die Herren: Stadtrath a. D. Dr. jur. **Otto Günther,** Vorsteher, Buchdruckereibesitzer **Albin Ackermann-Teubner,** Justizrath, Rechtsanwalt und Notar **Fr. Emil Bärwinkel,** Justizrath, Rechtsanwalt und Notar **Robert Wilhelm Frenkel,** kaiserlicher Bankdirector **Otto Emil Heller,** Stadtrath, Kaufmann **Gustav Schmidt-Zöhlmann.** Für diese 6 ausscheidenden Herren, die übrigens wieder wählbar sind, soll durch die Kirchengemeinde eine Neuwahl stattfinden.

Stimmberechtigt zu dieser Wahl sind alle selbstständigen, in der Matthäikirchenparochie wohnhaften Männer evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, verheirathet oder nicht, „mit Ausnahme solcher, die durch Verachtung des Wortes Gottes oder unchristlichen Lebenswandel öffentliches, durch nachhaltige Besserung nicht wieder gehobenes Aergerniß gegeben haben oder von der Stimmberechtigung bei Wahlen der politischen Gemeinde ausgeschlossen sind".

Alle Diejenigen, welche ihr Stimmrecht bei der bevorstehenden Wahl ausüben wollen, sind nach gesetzlicher Vorschrift gehalten, sich entweder **mündlich** oder **schriftlich** dazu **anzumelden.** Die **mündlichen** Anmeldungen werden in der **Sacristei der Matthäikirche** entgegengenommen und zwar:

Montag den 10. October a. c. } ununterbrochen von Vorm. 10 Uhr
Dienstag den 11. October a. c. } bis Nachmittags 5 Uhr,

während **schriftliche** Anmeldungen mit genauer Angabe 1) des **Vor- und Zunamens,** 2) des **Standes, Gewerbes** rc., 3) des **Geburtstages** und **Geburtsjahres,** 4) der **Wohnung,** während der gedachten beiden Tage ebenfalls in der Sacristei und auch schon früher in der Wohnung des Pastors D. theol. Evers (Pfaffendorfer Straße 1, II) niedergelegt werden können.

Um Irrthümer über die Zugehörigkeit zur Matthäikirchen-Parochie zu beseitigen, sind nachstehend die sämmtlichen zur Matthäikirche gehörigen Straßen und Plätze der Stadt aufgeführt.

Auerstraße, An der alten Eister, Bahnhofstraße Nr. 12—19 und die Bahnhöfe, Barfußgäßchen, Brühl 1—17 und 69—89, Bücherstraße, Bücherplatz nebst Bahnhof, Berlinerstraße mit Bahnhof, Canalstraße, Eberhardstraße, Eutritzscher Straße, Eulenstraße, Exercierplatz, Färberstraße, Fergestraße, Große und Kleine Fleischergasse, Fleischerplatz, Frankfurter Straße, Neues Schützenhaus, Kuhthurm, Gerberstraße, Gustav-Adolph-Straße, Hainstraße, Hallische Straße, Humboldtstraße, Jacobstraße, Katharinenstraße, Keilstraße, Lessingstraße, Leibnizstraße, Lortzingstraße, Löhrstraße, Löhrs Platz, Marks Nr. 4—9, Neumarkt, Neukirchhof, Nordstraße, Pantheonstraße, Pfaffendorfer Straße mit Pfaffendorf, Poststraße, Pauliner Straße, Plauenscher Platz, Pensionatsstraße, Ranstädter Steinweg, Rosenthalgasse, Theatergasse, Theaterplatz, Töpferstraße, Uferstraße, Waldstraße, Poststraße, Zöllnerstraße.

Alle stimmberechtigten Glieder unserer Gemeinde fordern wir dringend auf, sich an der bevorstehenden Wahl zahlreich zu betheiligen und zu dem Zweck ihre Anmeldung in der gedachten Weise rechtzeitig bewirken zu wollen.

Leipzig, den 30. September 1881.

Der Kirchenvorstand der Matthäikirche.
D. Evers.

Erledigt

hat sich der unterm 19. Juli d. J. hinter dem Kellner Friedrich Hermann **Schieferdecker** aus Osterfeld bei Naumburg a. S. von uns erlassene Steckbrief.

Leipzig, am 7. October 1881.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder. Rtr. Heldig.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 9. October.

Seit Jahren hören wir, daß der Liberalismus mit seiner Gewerbefreiheit den Handwerkerstand an den Rand des Abgrunds gebracht habe und daß nur eine gründliche Aenderung der bestehenden Gesetzgebung demselben die Bedingungen eines gedeihlichen Fortbestandes wieder gewähren könne. Um so interessanter ist die in der gegenwärtigen Wahlbewegung sich öfter aufdrängende Beobachtung, daß die Meinungen über das Anzustrebende zwischen den Handwerkern und ihren conservativen Gönnern weit auseinandergehen. Ein Beispiel davon hat noch der am 3. d. M. in Brandenburg abgehaltene Parteitag geliefert. Dort hat Herr Lohren, nach dem Bericht der „Kreuzzeitung" offen erklärt: „man müsse den Schutz des Handwerks nicht zu weit treiben, das sei ebenso gefährlich als das andere Extrem, die vollständige Gewerbefreiheit." Speciell hatte der Redner dabei die Forderung wegen Beseitigung des Magazinwesens im Auge. Er meinte: „die Conservativen würden einen Fehler begehen, wenn sie zu dieser Forderung eines Theiles der Handwerker die Hand böten."

Ueber die Richtigkeit dieser Anschauung kann Niemand in Zweifel sein. Der kaufmännische Vertrieb der Fabrikate des Kleingewerbes in großen, aufs Vielseitigste ausgestatteten Magazinen hat sich so naturgemäß entwickelt, entspricht so sehr dem Geschmacke des kaufenden Publicums, daß eine Aufhebung dieser Einrichtung, ihre Ersetzung durch die vereinzelten Werkstätten und noch dazu aufgedrängt durch staatlichen Zwang, die baare Unmöglichkeit sein würde. Nicht den Magazinbetrieb zu verdrängen, sondern ihn selbst in die Hände zu bekommen, muß das Bestreben der Handwerker sein. Das in diesem Jahre erlassene Innungsgesetz hat auch gerade in dieser Richtung sehr deutliche Fingerzeige gegeben. Um so bezeichnender aber ist es für die ganze sogenannte Handwerkerbewegung, daß der Ruf nach einem ausdrücklichen Verbot des Magazinwesens immer lauter wird. Es giebt sich hier eine Begehrlichkeit zu erkennen, welcher das Maß für das praktisch Durchführbare, das Verständniß des Gesammtcharakters der heutigen Volkswirthschaft gänzlich verloren gegangen ist.

Eben diese Begehrlichkeit ist es, welche so mancher anderen Forderung der „Handwerkerpartei", insbesondere aber dem Verlangen nach dem Innungszwang, als eigentlich treibendes Motiv zu Grunde liegt. Wer Verhältnisse und Anschauungen in den betreffenden Kreisen kennt, weiß auch, daß der großen Masse der Handwerker der Begriff des Innungszwanges lediglich unter der Form des alten Zunftwesens mit seinen Zwangs- und Bannrechten denkbar ist. Nur so begreift sich die Schwärmerei eines Theils unserer Handwerker für „Zwangsinnungen", ein Jeder erträumt sich dabei eine privilegirte Stellung, die ihn für alle Zeiten gegen jede lästige Concurrenz sichern soll. Politisch urtheilsfähige Männer, wie sehr sie auch der conservativen Richtung anhängen mögen, erkennen freilich leicht, daß ein Apparat einschränkender Maßregeln, wie ihn diese privilegirte Stellung erfordern würde, in unserem deutschen Staate, überhaupt auf der heutigen Culturstufe, schlechterdings unmöglich sein würde. Keine Reaction, wie sehr sie es auch wünschen möchte, kann so weit gehen, wie die Zunftschwärmer verlangen und erwarten.

Ein Theil der Conservativen hat denn auch die Forderung der Zwangsinnung von vorn herein zurückgewiesen — im Reichstage gab Herr v. Helldorf eine derartige Erklärung ab, und ähnlich hat sich ein Candidat der Berliner Conservativen, Herr Schultze aus dem Reichsamt des Innern, ausgesprochen. Wenn ein anderer Theil der Conservativen den Ruf nach Zwangsinnungen unterstützt, so verkennt er entweder die Tragweite der Sache oder er macht Versprechungen, erregt zum Mindesten Hoffnungen, welche er nicht erfüllen kann. Jedenfalls ergiebt sich aus dem Ganzen, daß die wüste Agitation, welche die Aufregung der conservativen Propaganda hie und da in Handwerkerkreisen hervorgerufen hat, für die letzteren in Wirklichkeit nur zu Enttäuschungen führen kann.

Der Berliner Correspondent der „Times" muß ganz wunderbare Quellen besitzen, wenn er dem Fürsten Bismarck nicht nur Sympathien für den wunderlichen Orient-Vertheilungsplan seines „Weltblatts" oder des Cabinets Gladstone andichtet, sondern auch ganz bestimmte Aussprüche des Reichskanzlers anführt, in denen England zur Annexion Egyptens freundschaftlichst eingeladen wird. Soweit dieses versuchte Einbeziehen der deutschen Politik einer Zurückweisung bedurfte, ist dieselbe von anderer Seite her bereits gegeben worden. Nicht ohne Absicht läßt die Regierung in der ihr zu Gebote stehenden Presse an die bittere Feindschaft erinnern, welche Gladstone's Reden zu der Zeit, als er noch Führer der Opposition war, gegen Oesterreich athmeten, gegen dasselbe Oesterreich, das jetzt schmeichlerisch angegangen wird, durch den Vorstoß auf Salonichi der britischen Politik die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wenn nun heute die „Times" den Rückzug antritt, und ihren Fühler lediglich als ein Privatvergnügen der Redaction behandelt, so täuscht Das bei uns Niemanden über den wahren Charakter dieses eigenthümlichen Zwischenfalles, welche dem Premier Gladstone voll und ganz zur Last fällt trotz der Selbstopferung des City-Blatts. In welchen zum Theil recht seltsamen Verschlingungen und Verlegenheitsbeziehungen die augenblickliche englische Politik zu der Politik der anderen Cabinete und namentlich Frankreichs steht, soll hier und heute nicht Gegenstand der Erörterungen sein. Dagegen darf nicht darauf hingewiesen werden, daß die Entfernung zwischen der Wilhelmstraße und Downing-Street selten eine tiefere gewesen ist als gerade im gegenwärtigen Augenblick. Vielleicht kein zweiter Staatsmann hat die Krise des Fürsten Bismarck in solchem Grade gestört wie Gladstone und zwar in Zeiten kritischster Spannung, wie sie durch die Lossagung von der russischen Freundschaft gegeben war. Wenn gleichwohl äußerlich ein leidliches Verhältniß aufrecht erhalten wurde, so ist es wohl kaum allgemein bekannt, daß ein wesentliches Verdienst hieran dem deutschen Botschafter in London, Grafen Münster, gebührt, welcher es geschickt verstanden hat, gegenüber den wechselnden Anschauungen der Tory- und der Whig-Regierung nicht blos die feste Ueberlieferung der deutschen Politik würdig zu vertreten, sondern auch persönlich gute Beziehungen zu den gegenwärtigen Machthabern an der Themse zu unterhalten.

Mehrere preußische Bezirksregierungen haben Anlaß genommen, die untergebenen Behörden darauf aufmerksam zu machen, daß mehrfach eine unstatthafte Lässigkeit in Betreff solcher Personen stattgefunden habe, welche, nach Amerika ausgewandert, dort das Bürgerrecht erworben, es aber durch mehr als zweijährigen Aufenthalt in Deutschland wieder verwirkt haben und nun nothwendigerweise der Militairpflicht unterworfen werden müßten, falls sie sich noch im dienstpflichtigen Alter befinden. Der Naturalisationsvertrag von 1868 enthält hierüber genaue Bestimmungen, die noch im vorigen Jahre durch eine Instruction des Reichskanzlers im Einverständniß mit den preußischen Ministern des Innern und des Krieges ihre genauere Erläuterung fanden. Trotzdem ist es vorgekommen, daß Personen der erwähnten Classe unbeanstandet in ihrer alten Heimath gelassen wurden, während die Vermuthung dafür sprach, daß sie seiner Zeit nur ausgewandert waren, um der Militairpflicht zu entgehen. Es liegt hierin eine nicht zu leugnende Ungerechtigkeit gegen Diejenigen, welche nicht Zeit, Geld und Gewissenlosigkeit genug besitzen, sich durch ähnliche Umgehungen der Gesetze dem Rufe des Vaterlandes zu entziehen, und es ist deshalb nur zu billigen, daß innerhalb der Grenzen der Verträge mit Strenge darauf gehalten werde, jeden Wiederholungsfall auszuschließen.

Man schreibt uns aus Berlin: „Die vollendetste Unklarheit scheint nun einmal zum Charakter der gegenwärtigen Kirchenpolitik zu gehören; jede Aufklärung, die von officiöser Seite unternommen wird, erhält zwar einen begrenzten Abschnitt aus dem wirren Gewebe der deutsch-vatikanischen Abmachungen, aber das eigentliche Wesen derselben entzieht sich der Einsicht weiterer Kreise. In Fragen, die nach des Abg. Miquel schönem Ausspruch „an das Herz des Volkes schlagen" ist solche Einführung diplomatischer Gewohnheiten und Hilfsmittel aufs Tiefste bedauerlich und schädigend. Auch heute machen die Officiösen erneut den Versuch, die Kreuz- und Querzüge der preußischen Kirchenpolitik zu erläutern. Nicht der Staat, sondern die Curie sei der entgegenkommende Theil, vom Papst und nicht von der Regierung sei zuerst die Geneigtheit zum Frieden kundgegeben worden. Das Zweite mag richtig sein, aber das Erste bleibt darum doch falsch. Denn es kommt schwerlich darauf an, wer formell den Anfang gemacht, als vielmehr darauf, wer durch sein Verhalten dem anderen Theil Anlaß gegeben, an ein Schwinden der alten Festigkeit und Kampfesfrische zu glauben und darauf hin kluger Weise dem Gegner goldene Brücken zu bauen. Es wird denn auch der „N. A. Z." nicht gelingen, die Thatsache aus der Welt zu schaffen, daß der Rücktritt Falk's zu dem nachmaligen Schwanken der Kirchenpolitik nicht in dem Verhältniß von Ursache und Wirkung steht, sondern daß umgekehrt Falk gehen mußte, weil schon lange vor seinem Rücktritt die Wendung nach dem Centrum hin in dem Plane des Fürsten Bismarck lag. Das Blatt stellt sich so an, als ob zwischen dem Regierungsantritt des Papstes Leo am 20. Februar 1878 und dem Rücktritt des Ministers Falk am 13. Juli 1879 die Festigkeit der preußischen Kirchenpolitik im Sinne des Letzteren unerschüttert gewesen sei, und als ob für das eingereichte Entlassungsgesuch nur persönliche oder Gott weiß welche Gründe, sicher aber nicht solche aus der römischen Frage, maßgebend gewesen seien. Wenn die Historiker der „N. A. Z." besser unterrichtet wären, müßten sie wissen, daß Dr. Falk mehrere frühere Abschiedsgesuche nicht „auf persönliches Drängen des Reichskanzlers zurückgehalten", sondern thatsächlich eingereicht hat, darunter eines vom Mai 1878. Sie müßten ferner wissen, daß die in Aussicht genommene Ernennung der Hofprediger Kögel und Stöcker zu Mitgliedern des Oberkirchenraths, welche gegenzuzeichnen Dr. Falk Anstand nehmen mußte, nur den letzten Anlaß zur Entlassung gab, daß sich aber in Wahrheit eine immer tiefer gehende Scheidung zwischen den kirchenpolitischen Anschauungen an höchster Stelle und denen Falk's herausgebildet hatte, eine Scheidung, welche unüberbrückbar erschien. Falk selber hatte in seinem Entlassungsgesuch und einer später eingereichten Denkschrift diese grundsätzliche Seite der Sache mit der ihm eigenen logischen Klarheit entwickelt. Die Officiösen sind sehr plump und ungeschickt, indem sie an jene Zwischenfälle erinnern."

Aus einer Rede, welche Herr von Schorlemer-Alst dieser Tage in Münster gehalten, sind die nachfolgenden Bemerkungen von großem Interesse:

Bei der Unfallversicherung müssen meiner Ansicht nach die Versicherungsprämien von den Arbeitgebern allein, oder von ihnen und den Arbeitern zusammen aufgebracht werden, keinesweges aber darf der Staat sich hieran betheiligen. Und dieses Letztere gilt auch von den Invalidencassen, mit deren Schaffung man sich ja tragen soll. Wir wollen nicht, daß diese vom Reiche wegen durchgeführt werden, sondern daß sie sich an die Innungen, Corporationen oder Communalverbände anschließen. Denn einmal haben wir bereits genug Staatspensionäre und dann auch muß das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Nehmern ein patriarchalisches bleiben; jede Einmischung eines Dritten ist vom Bösen. Will der Staat diese Lasten durchführen, so kommen wir schließlich dahin, daß Alle Staatspensionäre werden, und sind nahe dem socialdemokratischen Staat.

Der Bestandtheil der Socialpolitik des Reichskanzlers, der vorzugsweise die Bezeichnung „staatssocialistisch" verdient, wird sonach von dem Führer des Centrums aufs Bestimmteste zurückgewiesen, in Uebereinstimmung mit zahlreichen ähnlichen Kundgebungen aus den Reihen seiner Partei. Und doch sollen allein die Liberalen die Gegner dieser Pläne sein und die Rechnung auf das Centrum treibt noch wie vor ihr Wesen. Selbst besonnen und selbstständig denkende Conservative können, wie neulich Herr von Rauchhaupt bewies, ihre schweren Bedenken gegen diese Seite der Socialpolitik des Reichskanzlers nicht verhehlen.

Der in Chur zusammengetretene socialistische Weltcongreß hat seine Sitzungen geschlossen. In der Schlußsitzung wurde die von uns bereits mitgetheilte Frage VIII bezüglich des Erlasses eines gemeinsamen Manifestes an die Arbeiter aller Länder wegen ungenügender Vorarbeiten verneint, dagegen eine Resolution einer Commission angenommen, welche besagt, die Arbeiterparteien befänden sich in einer Krisis, die Lage in den einzelnen Ländern sei zu verschieden, um eine gemeinsame Taktik zu ermöglichen, es sollten aber gewisse Grundsätze und Ziele als gemeinsam angenommen werden. In ersterer Beziehung müßte den Bourgeoisparteien gegenüber eine besondere Classenpartei organisirt werden, dann müßten nach Verschiedenheit der Verhältnisse in den verschiedenen Ländern alle Mittel, vom Stimmzettel und Streik an bis zur Revolution und weiter angewendet werden. Als nächste Ziele werden die volle körperliche und geistige Entwickelung der Person auf Kosten der Gesammtheit, Ueberführung der Productions- und Verkehrsmittel in Gesammteigenthum und voller Reinertrag der Arbeit für jeden Arbeiter bezeichnet; für die Abfassung eines gemeinsamen Manifestes sollen Vorschläge für den nächsten internationalen Congreß, dessen Organisation der französischen Arbeiterpartei anvertraut wird, ausgearbeitet werden. Als diese Unholde auseinander gingen, rief man: Auf Wiedersehen in Paris! Darauf große Volksversammlung, in welcher auch der deutsche Abgesandte Braun sprach. Derselbe kommt auf das erste Jahr nach dem Socialistengesetz zu sprechen, dem sich die Socialisten unterworfen hätten, weil die ökonomische Krisis die Arbeiter entmuthigt hätte, der Haß der kleinen Bürger gegen die Socialdemokratie beispiellos gewesen und die Regierung die stärkste in Europa sei. Deshalb sei ein Aufstand unmöglich gewesen. Während von Ausreißern der Ruf nach Conspiration erschallt, seien die Socialisten bereits an der Schaffung ihrer Organisation gewesen, die im Congreß zu Wyden ihren Abschluß gefunden, und jetzt sei ihre Organisation fertig. „Unsere Partei ist eine reine Arbeiterbewegung, ihr Kampf ist ein reiner Classenkampf. Wir haben keine socialistischen Studenten — diese lassen sich an den Fingern zählen — die deutsche studirende Jugend ist corrumpirt, charakterlos, verroht, wie sie in der Antisemitenbewegung unter Stöcker's Führung sich erwiesen. Unsere Partei ist groß; eine große Partei kann die Frontveränderung nicht so rasch vornehmen wie eine Person oder eine Gruppe, und außerdem waren wir nie so centralisirt, daß eine allgemeine Schwenkung sich sofort hätte vollziehen lassen ..." Wir glauben, daß unsere Leser an diesen Berichte genug haben werden. Das Mitgetheilte wird hinreichen, die Bedrohung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung durch die Socialdemokraten in hinreichendem Lichte erscheinen zu lassen.

Der Nihilismus erhebt in Rußland wiederum das Haupt. Wie wir gestern berichteten, wurden zwanzig Zöglinge der Petersburger Constantinowschen Militairschule verhaftet, die revolutionärer Umtriebe verdächtig sind. Außerdem sind in Petersburg Massenverhaftungen vorgenommen worden. Unter den Gefangenen befinden sich auch wichtige Theilnehmer an den früheren Attentaten. Auch einem Attentatsproject ist man auf die Spur gekommen. Der betreffende Anschlag soll gegen den Kaiser auf seiner Moskauer Reise gerichtet gewesen sein, und zwar in Wladimir; verhaftet sind daselbst zwei Telegraphisten, welche die bezüglichen Depeschen verriethen und bei denen sich vieles Belastigende fand, so daß sich daraus eine Anzahl weiterer Verhaftungen, eines Conducteurs, mehrerer jungen Damen u. s. w. ergab. Auf die Angabe des einen Telegraphisten, welcher noch sehr jung und zu allen Geständnissen bereit ist, wurden in der Nähe der Station ein Koffer und eine Kiste ausgegraben, deren Inhalt wohl sehr gefährlich erschienen sein muß, da wiederum neue Verhaftungen folgten.

Die officiöse Presse von St. Petersburg bemüht sich seit einiger Zeit, in den wichtigsten europäischen Tagesfragen